

## 50 Jahre Währungsreform 1948 und die wirtschaftspolitischen Folgen\*

Von Bernd Sprenger

Die D-Mark gilt als Symbol für den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit ihrer Währung verbinden die Deutschen Werte wie Stabilität, wirtschaftlichen Erfolg, Wohlstand. Das war nicht von Anfang an so. Als die D-Mark 1948 unter erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnissen eingeführt wurde, freute sich die Mehrheit der Bevölkerung zwar über das neue Geld, aber es gab anfangs auch erhebliche Skepsis, nicht zuletzt in Fachkreisen. Wer damals die Prognose gewagt hätte, die neue Währung würde in nur 25 Jahren zur zweitwichtigsten Währung der Welt aufsteigen, wäre verlacht worden.

Bei Kriegsende 1945 lag Deutschland in Trümmern. Die Sieger teilten das Land in vier Besatzungszonen auf. Außerdem wurde ein Viertel der Fläche des Deutschen Reichs abgetrennt und ging verloren. Millionen Deutsche waren auf der Flucht und ohne feste Bleibe. Eine ausreichende Grundversorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Wohnraum war nicht mehr gesichert. Viele Menschen hungerten. Wirtschaft und Infrastruktur in Deutschland waren zu großen Teilen zerstört. In den drei westlichen Besatzungszonen sank die industrielle Produktion bis 1946 auf nur noch etwa 30 Prozent des Standes des letzten Vorkriegsjahres (1938).<sup>1</sup>

### Die zerrüttete Reichsmark-Währung

Die Nationalsozialisten hatten das Geldwesen in den Dienst der Staatsfinanzierung gestellt.<sup>2</sup> Hitler schaffte die gesetzliche Unabhängigkeit der Reichsbank ab. Die deutsche Zentralnotenbank mußte dem Staat praktisch

---

\* Erweiterte Fassung eines Vortrages im Rahmen des Symposiums »Währungspolitische Weichenstellungen im 20. Jahrhundert« der Konrad Adenauer Stiftung am 27. April 1998.

1 Friedrich-Wilhelm HENNING, *Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1992*, 8., durchges. u. wesentl. erweitol. Aufl., Paderborn 1993, S. 192.

2 Ausführlich dazu Willi A. BOELCKE, *Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933-1948*, Paderborn 1985, S. 18 ff. u. passim; sowie Karl-Heinrich HANSMEYER/Rolf CAESAR, *Kriegswirtschaft und Inflation (1936-1948)*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Frankfurt/Main 1976, S. 367-429.

unbegrenzten Kredit gewähren. Der Kriegsfinanzierung über die Notenpresse bzw. durch ständige Neuverschuldungen stand nichts mehr im Wege.

Geldmenge und Staatsverschuldung schnellten demzufolge innerhalb weniger Jahre in die Höhe. Der Bargeldumlauf (Münzen und Papiergeld) stieg von 5,7 Mrd. RM 1933 auf 14,5 Mrd. RM am Ende des ersten Kriegsjahres 1939 und weiter auf etwa 73 Mrd. RM bei Kriegsende 1945.<sup>3</sup> Noch schneller nahmen die Staatsschulden zu. Die Reichverschuldung betrug 1933 erst bescheidene 11,7 Mrd. RM. Im Frühjahr 1939 erreichte sie rund 30 Mrd. RM und am 1. April 1945 etwa 380 Mrd. RM.<sup>4</sup>

Mit Hilfe eines allgemeinen Preis- und Lohnstopps sorgten die Nationalsozialisten dafür, daß die übermäßige Geldvermehrung nicht zum offenen Ausbrechen einer Inflation führte. Hitler wußte, daß nachhaltige Preissteigerungen die Bevölkerung beunruhigt hätten. Zu frisch war die geradezu traumatische Erinnerung an die rasante Geldentwertung durch die Hyperinflation 1923. Nur in Ausnahmefällen durften deshalb Preise erhöht werden.

Die Schere zwischen Geldmenge und Gütermenge öffnete sich seit Kriegsbeginn von Jahr zu Jahr stärker. Der Geldüberhang wuchs beständig, denn das Ventil – freie Preise – war verstopft. Es kam zur zurückgestauten Inflation. Bevor die 1924 eingeführte Reichsmark richtig erwachsen werden konnte, stand sie bereits vor ihrem Ende.

Bei Kriegsende im Mai 1945 summierten sich die Geldbestände im weiteren Sinne auf rund 300 Mrd. RM.<sup>5</sup> Hierin enthalten sind neben der Bargeldmenge Sicht-, Termin- und Spareinlagen. Die Staatsverschuldung erreichte rund 400 Mrd. RM. Wichtiger als die absolute Höhe ist das Verhältnis von Geldmenge und Staatsverschuldung zum Bruttosozialprodukt, d.h. zum Wert aller hergestellten Güter und Dienstleistungen eines Jahres. Beispielsweise betrug im letzten Friedensjahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1938) das Bruttosozialprodukt im Deutschen Reich 100 Mrd. RM.<sup>6</sup>

Da offizielle Statistiken für das Sozialprodukt nach 1939 nicht vorliegen, seien zunächst einmal die Geldmenge und die Staatsverschuldung Stand Kriegsende 1945 in Verhältnis gesetzt zum Bruttosozialprodukt des letzten Friedensjahres 1938. Danach betragen:

– der Bargeldumlauf 73 Prozent des Bruttosozialprodukts,

---

3 DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975*, Frankfurt/Main 1976, S. 14.

4 EBD., S. 313.

5 Bernd SPRENGER, *Das Geld der Deutschen. Geldgeschichte Deutschlands von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2., durchges. u. erg. Aufl., Paderborn 1995, S. 238.

6 DEUTSCHE BUNDESBANK, *Deutsches Geld- und Bankwesen* (wie Anm. 3), S. 7.

- die Geldmenge in der weiten Fassung 300 Prozent,
- die Staatsverschuldung 400 Prozent.

Tatsächlich lag das Bruttosozialprodukt in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgrund der Kriegszerstörungen und ihrer Folgen wesentlich niedriger als 1938. Es dürfte in den Jahren 1945 bis 1947 schätzungsweise kaum mehr als etwa die Hälfte der Vorkriegszeit erreicht haben. Der Geldüberhang war also noch größer und die Last der Staatsverschuldung noch drückender, als die genannten Relationen widergeben.

Das Ausmaß der damaligen Zerrüttung von Währung und öffentlichen Finanzen wird deutlich, wenn wir die damaligen Relationen mit den heutigen (1997) in der Bundesrepublik Deutschland vergleichen. Im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in Höhe von 3.612 Mrd. DM betragen im Jahre 1997:<sup>7</sup>

- der Bargeldumlauf (247 Mrd. DM) 7 Prozent,
- die Geldmenge in der weiten Fassung (2.260 Mrd. DM) 63 Prozent,
- die Staatsverschuldung (2.221 Mrd. DM) gut 61 Prozent.

Durch den staatlich verordneten, von den Besatzungsmächten fortgeführten Preisstopp fehlte der Anreiz zur Warenproduktion für den offiziellen Markt. In vielen Geschäften lösten sich selbst größere Mengen rationierter Lebensmittel buchstäblich in Luft auf.<sup>8</sup> Auf dem Lande verschwanden ganze Schweineherden. Auf dem Schwarzmarkt tauchten die Güter wieder auf, allerdings zum zwanzigfachen bis hundertfachen des offiziellen Preises, denn auf die Schwarzmärkte floß die überschüssige Geldmenge, der Geldüberhang. Zum Beispiel kosteten 20 amerikanische Zigaretten auf dem Schwarzmarkt in Süddeutschland 85 RM, in Berlin fast das Doppelte. Ein Kilo Kaffee war für 800 bis 1500 RM zu haben, eine 50-Watt-Glühlampe für 50 RM, ein Radio für 3000 RM.<sup>9</sup>

Immer häufiger wurde die Reichsmark als Zahlungsmittel nicht mehr akzeptiert. Statt dessen kam der Tauschhandel zu neuen Ehren: Ware gegen Ware, beispielsweise ein Fahrrad gegen ein Klavier, ein Radio gegen einen Heizofen. Zu einem weithin anerkannten Tauschmittel entwickelten sich dagegen Zigaretten («Zigarettenwährung»).

---

7 DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Monatsbericht Mai 1998*, 50. Jg., Nr. 5, Frankfurt/Main 1998, Statistischer Teil, S. 10, 56, 61 u. eigene Berechnungen.

8 Vgl. Frank GRUBE/Gerhard RICHTER, *Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948*, Hamburg 1979, S. 32 u. passim.

9 EBD., S. 75 f.; außerdem Hans ROEPER/Wolfram WEIMER, *Die D-Mark. Eine deutsche Wirtschaftsgeschichte*, Frankfurt/Main 1996, S. 17.

## Gründung der Bank deutscher Länder

Die Sowjets schlossen 1945 die Reichsbankzentrale in Berlin. Seitdem gab es keine Zentralnotenbank mehr für Deutschland. Auch die Hauptverwaltungen der Großbanken wurden geschlossen. Kreditwirtschaft und große Unternehmen in der Sowjetischen Besatzungszone wurden schrittweise verstaatlicht.

Leitlinie der Amerikaner war es, das Geld- und Bankwesen in Deutschland zu dezentralisieren, um jede neue mögliche Machtanballung von vornherein im Keim zu ersticken. Das galt auch für das Zentralbanksystem. Demzufolge erhielt jedes Land der amerikanischen Besatzungszone eine eigene Landeszentralbank. So wurden zum 1. Januar 1947 Landeszentralbanken errichtet in München (für Bayern), in Stuttgart (für Württemberg-Baden), in Wiesbaden (für Hessen) und am 1. April 1947 in Bremen.<sup>10</sup> Die Franzosen und die Engländer schlossen sich in ihren Besatzungszonen dem amerikanischen Vorgehen an. Insgesamt entstanden damals in den drei westlichen Besatzungszonen elf Landeszentralbanken.

Zur Koordinierung der selbständig nebeneinander stehenden Landeszentralbanken gründeten die amerikanische und die britische Militärregierung mit Wirkung vom 1. März 1948 die Bank deutscher Länder, der die Landeszentralbanken der französischen Besatzungszone rückwirkend Ende März beitraten.<sup>11</sup> Die unterschiedlichen Vorstellungen von Amerikanern und Briten über das künftige deutsche Zentralnotenbanksystem – die Amerikaner bevorzugten, wie bereits angeführt, ein dezentrales System, die Briten dagegen eine echte Zentralbank wie in ihrem Land die Bank of England – endeten in einem Kompromiß, den die Bundesbank kürzlich wie folgt umschrieb: »Die amerikanische Seite steuerte dazu die dezentrale Zusammensetzung des Zentralbankrats sowie maßgeblich auch dessen Unabhängigkeit von Weisungen deutscher Stellen bei, die britische Seite brachte die Bank deutscher Länder als notenbankgeschäftliches Zentralinstitut ein.«<sup>12</sup>

Ein Notenausgaberecht besaß die Bank deutscher Länder anfangs nicht. Aber schon damals wurde die Unabhängigkeit des Zentralbankrats und damit der Zentralbank gegenüber deutschen Regierungsstellen festgelegt.<sup>13</sup> Die zunächst bestehende Weisungsabhängigkeit von der Allied Bank Commission wurde 1951 auf Wunsch der Alliierten aufgehoben.

---

10 Eckhard WANDEL, *Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948* (Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung e.V., Bd. 3), Frankfurt/Main 1980, S. 61 ff.

11 EBD., S. 65 ff., insbes. S. 68.

12 DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *Monatsbericht März 1998*, 50. Jg., Nr. 3, Frankfurt/Main 1998, S. 17.

13 EBD., S. 24 ff.

## Vorbereitung der Währungsreform

Die große Stunde der neuen Bank deutscher Länder schlug bei der Einführung der D-Mark im Juni 1948. Pläne für eine Währungsreform gab es seit Kriegsende zuhauf. Allein über 300 deutsche Vorschläge entstanden in den Jahren 1946/47.<sup>14</sup>

Die amerikanische Regierung schickte Anfang Januar 1946 eine Expertengruppe nach Deutschland, geleitet von den deutschstämmigen Wirtschaftswissenschaftlern Ray Goldsmith und Gerhard Colm. Sie sollte sich an Ort und Stelle informieren, deutsche Sachverständige konsultieren und einen konkreten Währungsreformplan ausarbeiten.<sup>15</sup> Die Fachleute, die eng mit dem Finanzberater von General Clay, Joseph Dodge, zusammenarbeiteten, legten noch im Frühjahr 1946 ein Konzept vor. Dieser sogenannte Colm-Dodge-Goldsmith-Plan sah bereits wesentliche Elemente der dann erst 1948 durchgeführten Währungsreform vor, darunter die Abwertung der Geldbestände auf ein Zehntel unter Beibehaltung von Preisen, Löhnen, Mieten und dergleichen auf unverändertem Niveau.

Ab September 1946 beriet der Alliierte Kontrollrat auf der Basis des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes über eine gemeinsame Währungsreform für alle vier Besatzungszonen. Unterschiedliche Auffassungen der Besatzungsmächte zögerten jedoch den Termin immer weiter hinaus.<sup>16</sup> Nach einem Jahr entschlossen sich die westlichen Alliierten, die Währungsreform zu forcieren, auch wenn diese dann nicht für ganz Deutschland möglich sein würde, sondern nur für ihre drei Zonen.

Der Sowjetunion schien an einer zügigen gemeinsamen Währungsreform nicht gelegen. Sie begann, die Wirtschaft in ihrer Besatzungszone zu verstaatlichen und ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aufzubauen. Die Gründung von Landeszentralbanken lehnte sie ab. Die Amerikaner befürchteten, daß bei unverändert schlechter Wirtschaftslage in Deutschland soziale Unruhen entstehen könnten, die die Stellung der Kommunisten bzw. der Sowjets stärken würden. Ein wirtschaftlicher Aufschwung war aber erst auf der Grundlage einer gelungenen Reform der Währung zu erwarten.

Auf Beschluß der amerikanischen Regierung vom 25. September 1947 erfolgte vorsorglich ab Oktober 1947 in den USA der Druck von neuem Papiergeld, obwohl die Beratungen über eine Währungsreform keineswegs abgeschlossen waren.<sup>17</sup> Auf den Geldscheinen stand lediglich »Banknote«

---

14 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 162.

15 EBD., S. 97 ff.

16 Ausführlich dazu EBD., S. 99 ff.

17 EBD., S. 129 u. 163. Zum Erscheinungsbild der D-Mark-Noten vgl. Albert PICK/Jens-Uwe

und »Serie 1948« sowie die Währungsbezeichnung »Deutsche Mark«, aber es gab keinen Hinweis auf die ausgebende Notenbank und keine Unterschriften. Das Erscheinungsbild ähnelte dem der amerikanischen Banknoten.

Unter strengster Geheimhaltung kamen die neuen Geldscheine, verpackt in 23.000 Kisten, in den Monaten Februar bis April 1948 in Bremerhaven (amerikanische Zone) an, von wo aus sie in die Keller des alten Reichsbankgebäudes in Frankfurt/Main (Taunusanlage) gelangten.<sup>18</sup> Nur sechs Beschäftigte im Reichsbankgebäude sollen von dem großen Geheimnis im Keller gewußt haben. Mit Lastwagen und Spezialzügen wurde das neue Geld kurz vor seiner Ausgabe in Westdeutschland an die Lebensmittelkartenstellen, die für den Geldumtausch vorgesehen waren, verteilt.

Auf Forderung der amerikanischen Militärregierung benannte der Währungsausschuß des Wirtschaftsrats der Bizone im April 1948 eine Gruppe deutscher Experten, die in Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten die bevorstehende Währungsreform durchführungsreif vorbereiten sollte.<sup>19</sup> In einer Kaserne in Rothwesten bei Kassel nahm die um zwei deutsche Sachverständige aus der französischen Besatzungszone erweiterte, insgesamt zehnköpfige Expertengruppe nach ihrer geheimgehaltenen Ankunft am 20. April 1948 völlig abgeschirmt von der Öffentlichkeit ihre Arbeit auf.

Auf Seiten der Alliierten war der junge amerikanische Offizier Edward A. Tenenbaum Wortführer und zugleich Koordinator zwischen dem Konklave und den westlichen Militärregierungen. Er wird auch als der eigentliche »Vater der D-Mark« bezeichnet. Die streng vertraulichen Beratungen, Verhandlungen und Vorbereitungen des Konklaves endeten nach sieben Wochen am 8. Juni 1948. Drei Gesetze und zahlreiche Durchführungsverordnungen und Anweisungen zur Geldumstellung lagen am Ende durchführungsreif vor. Im Ergebnis bestimmte die amerikanische Militärregierung die Grundzüge der Währungsreform. An der reibungslosen Organisation der Geldumstellung hatten aber die deutschen Experten maßgeblichen Anteil.<sup>20</sup>

### Durchführung der Währungsreform

Die drei westlichen Alliierten erklärten am 16. Juni 1948, daß sie eine gemeinsame Währungsreform in ihren Besatzungszonen durchführen würden. Am 19. Juni verkündeten sie die beiden ersten Gesetze zur Neuordnung

---

RIXEN, *Papiergeld-Spezialkatalog Deutschland 1874 bis heute*, 2. Aufl., Augsburg 1991, S. 161 ff.

18 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 129 f.

19 EBD., S. 107 ff.; sowie Hans MÖLLER, *Die westdeutsche Währungsreform von 1948*, in: DEUTSCHE BUNDESBANK, *Währung und Wirtschaft* (wie Anm. 2), S. 433-483, hier S. 445 ff.

20 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 118.

des Geldwesens, das sogenannte Währungsgesetz und das Emissionsgesetz.<sup>21</sup> Beide traten am 20. Juni 1948 – einem Sonntag – in Kraft.

§ 1 Abs. 1 des Währungsgesetzes lautete kurz und bündig : »Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 gilt die Deutsche-Mark-Währung. Ihre Rechnungseinheit bildet die Deutsche Mark, die in hundert Deutsche Pfennig eingeteilt ist.« Das Währungsgesetz legte die neuen gesetzlichen Zahlungsmittel fest, regelte die Umstellung, die Auszahlung des sogenannten Kopfgeldes an die Bevölkerung, die Ablieferung und Anmeldung des Altgeldes sowie die Erstausrüstung der Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Das Emissionsgesetz verlieh der Bank deutscher Länder das alleinige Recht zur Ausgabe von Banknoten und Münzen in neuer Währung. Es enthielt darüber hinaus Regelungen zum Geldumlauf, zur Festsetzung von Mindestreserven für Geldinstitute sowie zu den Befugnissen der Alliierten Bankkommission.

Reichsmark, Rentenmark und Alliierte Militärmark verloren am 21. Juni 1948 ihre Gültigkeit.<sup>22</sup> Einen Tag zuvor erhielt jeder Einwohner des Währungsgebietes gegen Einzahlung von 60 Mark Altgeld 40 Deutsche Mark (DM) bar auf die Hand. Die Umtauschaktion erfolgte an den zahlreichen, über ganz Deutschland verteilten Lebensmittelkartenstellen. Zwei Monate später gab es weitere 20 DM pro Person.

Bei der Auszahlung des Kopfgeldes am 20. Juni 1948 wurden zugleich Anmeldevordrucke ausgegeben, in denen die Bevölkerung ihre Sparguthaben, Bankeinlagen und Altgeld-Barbestände einzutragen hatte. Bis zum 26. Juni 1948 mußten die ausgefüllten Vordrucke und das Altgeld bei einem Geldinstitut abgegeben werden. Wie und zu welchem Kurs die Umstellung des angemeldeten Altgeldes in D-Mark erfolgen würde, blieb zunächst unbekannt.

Ein Moratorium schob alle Zahlungsverpflichtungen bis zum 26. Juni 1948 auf. Zwar hieß es in § 2 des Währungsgesetzes, daß in Gesetzen, Verordnungen usw. an die Stelle der »Rechnungseinheiten Reichsmark, Goldmark oder Rentenmark ... vorbehaltlich besonderer Vorschriften für bestimmte Fälle ... die Rechnungseinheit Deutsche Mark« tritt. Klar war aber, daß die Umstellung eins zu eins nicht für Geldbestände gelten konnte.

Einen gewissen Anhaltspunkt auf den drastischen Währungsschnitt, der noch bevorstand, mag § 1 Abs. 2 des Währungsgesetzes gegeben haben. Dort war festgelegt, daß Altgeldmünzen und Altgeldscheine vom Pfennigstück

---

<sup>21</sup> Abgedruckt z.B. in: Karl-Dieter SEIDEL, *Die deutsche Geldgesetzgebung seit 1871*, München 1973, S. 278 ff.

<sup>22</sup> Einzelheiten zur Währungsreform bei E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 120 ff.; H. MÖLLER (wie Anm. 19), S. 459 ff.; H. ROEPER/W. WEIMER (wie Anm. 9), S. 24 ff.; Herbert RITTMANN, *Deutsche Geldgeschichte seit 1914*, München 1986, S. 343 ff.

aufwärts bis zu einer Mark zu einem Zehntel ihres bisherigen Nennwertes vorläufig weiter als gesetzliche Zahlungsmittel galten.

Einen Tag nach Auszahlung des Kopfgeldes – d.h. am Montag, den 21. Juni 1948 – erhielten Firmen, Freiberufler usw. für jeden beschäftigten Lohnempfänger 60 DM, die bei der folgenden Umstellung von Altgeldbeständen verrechnet wurden. Länder und Gemeinden bekamen eine Erstausrüstung mit neuem Geld in Höhe von einem Sechstel ihrer Ist-Einnahmen aus der Zeit vom 1. Oktober 1947 bis 31. März 1948. Bahn und Post erhielten als Erstausrüstung einen Betrag in Höhe von einem Zwölftel ihrer Ist-Einnahmen desselben Zeitraumes.

Das »Dritte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens« – das sogenannte Umstellungsgesetz – wurde am 26. Juni 1948 verkündet und trat einen Tag später in Kraft. Es bestimmte in § 16 Abs. 1: »Reichsmarkforderungen werden grundsätzlich mit der Wirkung auf Deutsche Mark umgestellt, daß der Schuldner an den Gläubiger für je zehn Reichsmark eine Deutsche Mark zu zahlen hat.« Dieser Umstellungssatz galt auch für Pfandbriefe, Rentenbriefe, Kommunalschuldverschreibungen und andere Schuldverschreibungen (§ 22). Er galt aber nicht für die angemeldeten Altgeldguthaben und auch nicht für regelmäßig wiederkehrende Zahlungen.

In Abweichung von § 16 bestimmte § 18 Umstellungsgesetz für Löhne, Gehälter, Mieten, Pachten, Renten, Pensionen einen Umstellungssatz von eins zu eins. Auch Preise blieben im Grundsatz zunächst unverändert.

Gänzlich gestrichen wurden Reichsmarkverbindlichkeiten zwischen Geldinstituten (§ 18 Abs. 3 Umstellungsgesetz) und Altgeldguthaben der Geldinstitute (§ 2 Umstellungsgesetz). Ebenso erloschen Altgeldguthaben von Reich, Ländern, Gemeinden, der NSDAP und ihr angeschlossener Verbände etc. (§§ 1 und 9 des Umstellungsgesetzes).

Die von der Bevölkerung anzumeldenden Sparguthaben, Bankeinlagen und Bargeldbestände wurden zunächst wie Schulden und Forderungen zehn zu eins umgewandelt, d.h. für 10 RM wurden 1 DM gutgeschrieben (§ 2 Umstellungsgesetz). Allerdings war hiervon nur die Hälfte frei verfügbar, während die andere Hälfte einem »gesperrten Konto (Festkonto) gutgeschrieben« wurde. Über den gesperrten Teil sollte innerhalb von 90 Tagen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Wirtschaft entschieden werden, d.h. je nachdem, wie sich die Güterproduktion entwickelte.

Vor der Umstellung des Altgeldes bzw. der Altgeldkonten wurde, soweit vorhanden, das Neunfache der Kopfquote (also 540 RM) abgezogen (§ 4 Umstellungsgesetz). Damit ergab sich auch für die Erstausrüstung mit neuem Geld im Grundsatz ein Umtausch von 10 (RM) zu 1 (DM). Nur wer weniger als 600 RM besaß, erhielt einen günstigeren Umtauschkurs. Im Extremfall, wenn jemand nicht mehr als 60 RM vorweisen konnte, galt demnach in der Praxis ein Umstellungssatz von eins zu eins.



Überstieg der verbliebene Kontostand an Altgeld 5000 RM, erfolgte eine Auszahlung des umgestellten Betrages nur gegen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes.<sup>23</sup> Schwarzhändler und Steuersünder mußten deshalb mit Nachversteuerungen und Steuerstrafen rechnen.

Das Vierte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens, das sogenannte Festkontengesetz vom 30. September 1948, setzte den vorläufigen Schlußstrich unter die Währungsreform. Es trat am 4. Oktober 1948 in Kraft. Kern des Gesetzes war die Streichung von 70 Prozent des Guthabens auf den Festkonten (§ 1a). Im Endeffekt ergab sich damit für Altgeldbestände, Bankeinlagen und Sparguthaben eine Umstellung von 100 zu 6,5. Aus 1000 RM wurden 65 DM.

Die im Zuge der Währungsreform in Westdeutschland (ohne Berlin) neu geschöpfte Geldmenge betrug 13,2 Mrd. DM.<sup>24</sup> Sie ersetzte Altgeld in Höhe von 145 Mrd. RM. Der Geldüberhang wurde demzufolge drastisch reduziert. Von den 13,2 Mrd. DM entfielen 2.818 Mio. DM auf die Kopfbeträge der Bevölkerung, 472 Mio. DM auf Geschäftsbeträge für Unternehmen, 3.559 Mio. DM auf die Erstausrüstung der öffentlichen Hände und 6,4 Mrd. DM auf die Umstellung von Altgeldguthaben (Sicht-, Termin- und Spareinlagen).

Am 20. Juni 1948, dem ersten Tag der Währungsreform, sollen neue Banknoten im Wert von 5,7 Mrd. DM und im Gewicht von 500 Tonnen in den Verkehr gekommen sein.<sup>25</sup> Darunter befanden sich auch Kleingeldscheine, denn Münzen in neuer Währung gab es anfangs nicht. Am Jahresende 1948 betrug der Bargeldumlauf einschließlich der Kassenbestände der Kreditinstitute 6,6 Mrd. DM.<sup>26</sup> Ab November 1948 wurden die ersten neuen Münzen geprägt und Anfang 1949 ausgegeben: Einpfennigstücke mit der Jahreszahl 1948 und der Umschrift »Bank deutscher Länder«. Sie sind als einzige Geldzeichen aus dem Gründungsjahr der D-Mark bis heute in Umlauf geblieben. 1950 ging das Münzrecht auf die Bundesrepublik Deutschland über.

Bei der Umstellung der westdeutschen Bankbilanzen von Reichsmark auf D-Mark verloren die Kreditinstitute den überwiegenden Teil ihrer Aktiva, denn ihre Forderungen und Guthaben wurden – siehe oben – größtenteils gestrichen. Um ausgeglichene Bilanzen vorlegen zu können, erhielten sie sogenannte Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand. Die Schlußbilanz des westdeutschen Bankensystems (ohne Zentralbanken) wies per 20. Juni 1948 eine Summe von 218,5 Mrd. RM aus.<sup>27</sup> In der DM-Umstellungs-

---

23 H. RITTMANN (wie Anm. 22), S. 353.

24 DEUTSCHE BUNDESBANK, *Deutsches Geld- und Bankwesen* (wie Anm. 3), S. 25.

25 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 122.

26 DEUTSCHE BUNDESBANK, *Deutsches Geld- und Bankwesen* (wie Anm. 3), S. 32.

27 EBD., S. 24.

rechnung schrumpfte die Gesamtbilanz auf 11,2 Mrd. DM; davon machten die Ausgleichsforderungen bereits 6,7 Mrd. DM aus.

Die D-Mark war von vornherein eine reine Papierwahrung. Erstmals in der deutschen Geschichte verzichtete man bei der Einführung einer neuen Währung auf eine offizielle Deckung. Die Mark von 1871/76 stellte noch eine klassische Goldwährung mit umlaufenden Goldmünzen und einer Einlosepflicht für Banknoten dar.<sup>28</sup> Die 1923 als Zwischenlösung gedachte Rentenmark konnte in verzinsliche Rentenbriefe, die auf Goldmark lauteten, eingelöst werden. Die Reichsmark von 1924 besaß – bis zu ihrem Mißbrauch durch Hitler – eine Deckung durch Gold und Devisen. Der Wert der D-Mark dagegen beruhte allein auf dem ihr entgegengebrachten Vertrauen.

### Lastenausgleich

Die Währungsreform begünstigte die Besitzer von Sachwerten. Wer beispielsweise in Immobilien oder Gold angelegt hatte, erlitt bei der Währungsreform keine Verluste, im Gegensatz zu den vielen Sparern, deren Spar- und Bankguthaben, Pfandbriefe usw. abgewertet wurden. Bevorteilt waren auch Kreditnehmer durch die Abwertung ihrer Schulden auf ein Zehntel des ursprünglichen Betrags. Ein Lastenausgleichsverfahren sollte deshalb Ungerechtigkeiten mildern. Die Ausgestaltung überließen die Alliierten den Deutschen.

Geregelt wurde der Lastenausgleich durch das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949 und durch das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952.<sup>29</sup> Der Lastenausgleich umfaßte drei Abgaben (Steuern): die Vermögensabgabe, die Hypothekengewinnabgabe und die Kreditgewinnabgabe.

Die Vermögensabgabe stellte im Grunde eine einmalige Sondervermogensteuer dar, und zwar in Höhe der Hälfte des vermogensteuerpflichtigen Vermögens am Tag der Währungsreform. Natürlich konnte eine Steuer in dieser Höhe nicht sofort in einer Summe erhoben werden. Die Steuerpflichtigen zahlten sie in vierteljährlichen Raten über rund drei Jahrzehnte verteilt.

Mit der Hypothekengewinnabgabe wurde Immobilienbesitzern der Vorteil entzogen, der ihnen durch die Abwertung ihrer Hypothekendarlehn auf ein Zehntel zugefallen war. In der Praxis bedeutete das: Der Schuldner zahlte nach der Währungsreform für sein Hypothekendarlehn den ursprünglich in Reichsmark festgesetzten Betrag für Zinsen und Tilgung in unveränderter Höhe in D-Mark weiter, wobei der Gläubiger aber nur das ihm zustehende

---

<sup>28</sup> Vgl. B. SPRENGER, *Das Geld der Deutschen* (wie Anm. 5), S. 183 ff.

<sup>29</sup> Vgl. H. RITTMANN (wie Anm. 22), S. 356 ff.

Zehntel erhielt, während die übrigen neun Zehntel in den Lastenausgleich flossen.

Die Kreditgewinnabgabe war ähnlich konstruiert. Sie schöpfte bei Unternehmen die Gewinne ab, die durch die Abwertung ihrer Kreditschulden entstanden. Dabei wurden entsprechende Verluste infolge der Abwertung von Unternehmensforderungen berücksichtigt.

Durch die drei Abgaben kamen bis 1967 rund 39 Mrd. DM zusammen, die zur Unterstützung von Kriegsgeschädigten dienten. Einschließlich der Zuschüsse von Bund und Ländern konnten bis 1978 über 100 Mrd. DM an Lastenausgleichszahlungen verteilt werden.<sup>30</sup>

Im weiteren Sinne läßt sich zu den Maßnahmen des Lastenausgleichs auch das Altspargesetz vom 14. Juli 1953 rechnen.<sup>31</sup> Es brachte eine Besserstellung für Spareinlagen, die bereits am 1. Januar 1940 bestanden. Nachträglich wurden diese Sparbeträge so behandelt, daß sich aus 100 RM im Endeffekt 20 DM ergaben.

### Bedeutung der Währungsreform

In mehrfacher Hinsicht bedeutete die Währungsreform vom 20. Juni 1948 einen Wendepunkt. Da die Bevölkerung dem neuen Geld Vertrauen entgegenbrachte, füllten sich über Nacht Geschäftsregale und -auslagen mit Waren aus Hortungsbeständen.<sup>32</sup> Viele Haushalts- und Gebrauchsartikel wie Töpfe, Bestecke, Textilien, Schuhe usw. wurden nach Jahren des Mangels wieder zu moderaten, aus der Vorkriegszeit gewohnten festen Preisen angeboten. Auch das Angebot an Lebens- und Genußmitteln zu regulären Preisen stieg nach der Einführung der D-Mark. Staunend standen die Menschen vor den ungewohnt gefüllten Ladenregalen und Schaufenstern. Die Zeit der größten Not war vorbei.

Die Währungsreform setzte neue Kräfte bei den Menschen frei. Es lohnte sich wieder zu arbeiten, für gutes, allgemein anerkanntes Geld – im Gegensatz zu den letzten Jahren der Reichsmark. Immerhin konnte sich beispielsweise ein Straßenbahnschaffner Mitte 1948 für sein Monatsgehalt von 220 RM nicht einmal ein Pfund Butter kaufen, denn das war auf dem regulären Markt praktisch nicht zu haben und kostete auf dem Schwarzmarkt 250 RM.<sup>33</sup>

Aber nicht nur wirtschaftlich stellte die Währungsreform einen Neuanfang dar. Die Abschaffung der Reichsmark bedeutete für die Bevölkerung auch

---

30 EBD., S. 358.

31 EBD., S. 354.

32 Vgl. H. ROEPER/W. WEIMER (wie Anm. 9), S. 27 u. 42.

33 Wilhelm VOCKE, *Memoiren*, Stuttgart 1973, S. 183.

psychologisch das Ende einer durch Diktatur, Krieg und Zusammenbruch gekennzeichneten Ära. Mit der D-Mark begann eine neue Zeit.

Westberlin nahm am 20. Juni 1948 noch nicht an der Währungsreform teil. Die westlichen Alliierten wollten in Berlin den Weg für eine Gesamtlösung mit der sowjetischen Besatzungsmacht offen halten.<sup>34</sup> Als aber die Sowjets am 23. Juni 1948 bekannt gaben, sie würden in ihrer Besatzungszone unter Einbeziehung Gesamtberlins eine eigene Währungsreform durchführen, reagierten die westlichen Alliierten schnell. Noch am selben Tag erklärten sie die sowjetischen Befehle in ihren Sektoren Berlins für unwirksam und führten statt dessen dort die D-Mark ein. Einen Tag später sperrten die Sowjets die Verkehrsverbindungen vom Westen nach Berlin. Die Berliner Blockade begann. Die Teilung Deutschlands in eine westliche und eine östliche Hälfte wurde offensichtlich.

Kernpunkte der Währungssanierung waren der drastische Abbau sowohl des Geldüberhangs als auch der übermäßigen Staatsverschuldung. Nur so konnte ein wirtschaftlicher Neuanfang gelingen. Beide Ziele wurden erreicht. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte betrug 1950 gerade einmal 20,6 Mrd. DM und damit nur gut ein Fünftel des damaligen Bruttosozialprodukts in Höhe von 98,1 Mrd. DM.<sup>35</sup> Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß mit 18,3 Mrd. DM der weitaus überwiegende Teil der öffentlichen Verschuldung auf die bei der Währungsreform entstandenen, notwendigen Ausgleichsforderungen des Bankensystems entfielen.<sup>36</sup>

Die Währungsreform von 1948 war eine unabdingbare Voraussetzung für den raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau in den folgenden fünfziger Jahren. Sie bildete das Fundament, auf dem Ludwig Erhard den zügigen Übergang von der Zwangswirtschaft zur Marktwirtschaft vollziehen konnte. Bereits am 25. Juni 1948 gab eine Anordnung des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die meisten Preise im Bereich der gewerblichen Wirtschaft frei; am 30. Juni 1948 folgte die Außerkraftsetzung von zahlreichen Bewirtschaftungsordnungen.<sup>37</sup>

Erhard mußte seinen mutigen Schritt, mit der Währungsreform zugleich den überwiegenden Teil der Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften aufzuheben, gegen den Widerstand von vielen Seiten durchsetzen: Große Teile der Bevölkerung und der veröffentlichten Meinung waren dagegen, ebenso die SPD, die Gewerkschaften und Teile der CDU.<sup>38</sup> Auch in den Jahren nach 1948 stieß seine konsequent marktwirtschaftliche Politik auf Mißtrauen. Er

---

34 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 124 f.

35 DEUTSCHE BUNDESBANK, *Deutsches Geld- und Bankwesen* (wie Anm. 3), S. 7 u. 314.

36 EBD., S. 314.

37 E. WANDEL (wie Anm. 10), S. 140.

38 Vgl. H. ROEPER/W. WEIMER (wie Anm. 9), S. 41 ff.

selbst galt 1951 in der Bundesrepublik Deutschland als einer der unpopulärsten Politiker. Immerhin die Hälfte der Bevölkerung hatte damals eine negative Meinung von ihm, nur 14 Prozent eine gute.<sup>39</sup>

Die wirtschaftliche Entwicklung aber bestätigte eindrucksvoll Erhards Politik. Von 1950 bis 1960 stieg das Bruttosozialprodukt in Westdeutschland auf mehr als das Doppelte, gleichzeitig nahmen die durchschnittlichen jährlichen Bruttolöhne bzw. -gehälter je Beschäftigten von 3.000 DM auf 6.278 DM zu und die Arbeitslosenquote sank von 11 Prozent auf 1,3 Prozent.<sup>40</sup> Mit Staunen verfolgte man im Ausland das »deutsche Wirtschaftswunder«.

### Aufstieg der D-Mark

Erhebliche Skepsis herrschte zunächst ebenfalls bezüglich der Erfolgsaussichten der D-Mark. Zwar zeigten sich in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Juni 1948 immerhin 71 Prozent der Bevölkerung froh darüber, daß die Währungsreform gekommen war.<sup>41</sup> Aber nur 12 Prozent äußerten sich überzeugt davon, daß die neue Währung ihren Wert behalten würde.<sup>42</sup>

Auch unter Fachleuten war Skepsis weit verbreitet. Der erste Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder, Wilhelm Vocke, berichtet in seinen Memoiren davon. Beispielsweise meinte der Leiter des Internationalen Währungsfonds zu ihm bei einer Einladung in Amerika Ende 1949: »Nun, Herr Vocke, kein Gold, keine Devisenreserven, ich will Ihnen ehrlich sagen, Sie haben überhaupt keine Chance, es kann nichts daraus werden.«<sup>43</sup> Noch krasser äußerte sich im selben Jahr unter vier Augen ein Freund des Präsidenten, der Direktor bei einer ausländischen Notenbank war: »Diese Deutsche Mark, das ist keine Währung, das wird auch keine Währung und kann keine Währung werden. Das ist keine Währung, das ist ein schlechter Witz.«<sup>44</sup>

Die Fachleute irrten sich. Es kam völlig anders. Die D-Mark entwickelte sich dank einer strikt stabilitätsorientierten und unabhängigen Geldpolitik der Bank deutscher Länder und später der Deutschen Bundesbank in relativ

39 Renate KÖCHER, »Eine neue Währung bekommt keine Vorschußlorbeeren. D-Mark und Euro im Licht der Demoskopie«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 125, 2. Juni 1998, S. B5.

40 DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.), *40 Jahre Deutsche Mark. Monetäre Statistiken 1948-1987*, Frankfurt/Main 1988, S. 4-6.

41 R. KÖCHER (wie Anm. 39), S. B5.

42 EBD.

43 W. VOCKE (wie Anm. 33), S. 192 f.

44 EBD., S. 192.

kurzer Zeit zu einer der stabilsten und begehrtesten Währungen der Welt. Einige Stichworte dazu mögen genügen:<sup>45</sup>

– 1958 erlangte die D-Mark Konvertibilität. Seit 1959 gehört die Bundesrepublik Deutschland zu den wenigen Staaten weltweit, deren Kapital- und Devisenverkehr keinen Beschränkungen unterliegt.

– 1973 verdrängte die D-Mark das englische Pfund von seinem Platz als zweitwichtigste internationale Reserve- und Anlagewährung. Dabei blieb es bis heute.

– Im Europäischen Währungssystem, das 1979 in Kraft trat, erhielt die D-Mark von Anfang an die bedeutendste Stellung.

Zwar hat die D-Mark seit 1950 drei Viertel ihrer Kaufkraft verloren (vgl. Tabelle 1). Sie ist deshalb keineswegs die stabilste Währung in der deutschen Geschichte. Die Mark des Deutschen Reichs von 1876 bis 1914 beispielsweise besaß eine deutlich höhere Geldwertstabilität. Aber die D-Mark ist immerhin die härteste Währung der Nachkriegszeit. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Preissteigerung von 2,8 Prozent rangiert sie noch vor dem Schweizer Franken (3,0 Prozent durchschnittliche Preissteigerung) und weit vor dem US-Dollar (4,0 Prozent) und anderen wichtigen Währungen.<sup>46</sup>

Der Stabilitätsvorsprung der D-Mark führte dazu, daß sich ihr Außenwert (Wechselkurs), von wenigen Ausnahmen abgesehen, in den vergangenen Jahrzehnten ständig erhöhte. Somit können die Deutschen heute die meisten Währungen wesentlich billiger erwerben als in den fünfziger oder sechziger Jahren (vgl. Tabelle 2).

Das mit der Währungsreform 1948 eingeleitete Wirtschaftswachstum, verbunden mit einer stabilitätsorientierten Geldpolitik, ermöglichte den Deutschen den kontinuierlichen Aufbau eines inzwischen beachtlichen Geldvermögens. 1950 betrug es lediglich 25 Mrd. DM, 1960 bereits 166 Mrd. DM. Im Jahr 1997 überschritt das Geldvermögen im vereinten Deutschland fünf Billionen DM (vgl. Tabelle 3). Damit besitzt jeder Bundesbürger heute (1997) im statistischen Durchschnitt rund 65.000 DM, wobei neben Bargeld, Spareinlagen, festverzinslichen Wertpapieren, Aktien, Investmentfonds usw. auch Lebensversicherungen und Ansprüche an betriebliche Pensionsfonds eingerechnet sind. Nie zuvor in der Geschichte besaßen die Deutschen so hohe Ersparnisse.

---

45 Vgl. B. SPRENGER, *Das Geld der Deutschen* (wie Anm. 5), S. 249 ff.

46 Karl KNAPPE, *50 Jahre Deutsche Mark – eine Erfolgsgeschichte*, in: *Die Bank. Zeitschrift für Bankpolitik und Bankpraxis*, Nr. 6, Juni 1998, S. 344-347, hier S. 345.

*Tabelle 1: Inflationsraten und Verbraucherpreisindex in Westdeutschland 1948 bis 1997*

Jahr	Inflationsrate (in Prozent)	Verbraucher- preisindex (1980 = 100)	Jahr	Inflationsrate (in Prozent)	Verbraucher- preisindex (1980 = 100)
1948		42,3			
1949	- 1,2	41,8			
1950	- 6,2	39,2	1980	+ 5,4	100,0
1951	+ 7,7	42,2	1981	+ 6,3	106,3
1952	+ 2,1	43,1	1982	+ 5,3	111,9
1953	- 1,9	42,3	1983	+ 3,3	115,6
1954	+ 0,2	42,4	1984	+ 2,4	118,4
1955	+ 1,7	43,1	1985	+ 2,2	121,0
1956	+ 2,6	44,2	1986	- 0,2	120,7
1957	+ 2,0	45,1	1987	+ 0,2	121,0
1958	+ 2,2	46,1	1988	+ 1,3	122,6
1959	+ 0,9	46,5	1989	+ 2,8	126,0
1960	+ 1,5	47,2	1990	+ 2,7	129,4
1961	+ 2,3	48,3	1991	+ 3,5	133,9
1962	+ 2,9	49,7	1992	+ 4,0	139,3
1963	+ 3,0	51,2	1993	+ 3,6	144,3
1964	+ 2,3	52,4	1994	+ 2,7	148,2
1965	+ 3,2	54,1	1995	+ 1,7	150,7
1966	+ 3,5	56,0	1996	+ 1,4	152,8
1967	+ 1,6	56,9	1997	+ 1,8	155,6
1968	+ 1,6	57,8			
1969	+ 1,9	58,9			
1970	+ 3,6	61,0			
1971	+ 5,1	64,1			
1972	+ 5,6	67,7			
1973	+ 6,9	72,4			
1974	+ 6,9	77,4			
1975	+ 5,9	82,0			
1976	+ 4,4	85,6			
1977	+ 3,6	88,7			
1978	+ 2,7	91,1			
1979	+ 4,2	94,9			

Quelle: Deutsche Bundesbank und eigene Berechnungen

Tabelle 2: Wechselkurse der D-Mark 1953 bis 1997

Wechselkurs in DM (Jahresdurchschnittswerte)					
	Währung	1953	1970	1990	1997
1	US-Dollar	4,20	3,65	1,62	1,73
1	Englisches Pfund	11,70	8,74	2,88	2,84
100	Schweizer Franken	97,86	84,60	116,50	119,51
100	Belgische Francs	8,36	7,35	4,84	4,85
100	Dänische Kronen	60,44	48,63	26,12	26,25
100	Französische Francs	119,47	65,97	29,68	29,71
100	Holländische Gulden	100,32	100,85	88,76	88,86
1000	Italienische Lire	(1955) 6,70	5,82	1,35	1,02
100	Japanische Yen	-	1,02	1,12	1,44
1	Kanadischer Dollar	4,26	3,50	1,38	1,25
100	Norwegische Kronen	58,40	51,04	25,82	24,51
100	österreichische Schilling	(1957) 16,15	14,11	14,21	14,21
100	Portugiesische Escudos	(1958) 14,63	12,77	1,13	0,99
100	Schwedische Kronen	80,84	70,32	27,29	22,72
100	Spanische Peseten	(1963) 6,65	5,23	1,59	1,18

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Für 1953: 10.000 alte Französische Francs (= 100 Neue Francs ab 1960).

Tabelle 3: Geldvermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1997

Jahresende	Mrd. DM
1950	25
1960	166
1970	518
1980	1474
1989	2805
1997	5344

Quelle: Deutsche Bundesbank. Bis 1989 Westdeutschland, 1997 alte und neue Bundesländer.



## Schlußbemerkungen

Der große Erfolg der D-Mark ist zugleich ein Grund für die zwiespältigen Gefühle, die eine große Mehrheit der Deutschen der Euro-Währung entgegenbringt. Wer gibt schon gern etwas Gutes, Bewährtes ab, wenn er nicht recht einschätzen kann, was er dafür erhält?

Das war 1948 anders. Die zerrüttete Reichsmark war unbeliebt. Die Bevölkerung begrüßte die neue Währung. Mit dem neuen Geld konnte es nur besser werden.

Auch die Bevölkerung der DDR begehrte ihre abgewirtschaftete Mark gegen die D-Mark einzutauschen. »Kommt die D-Mark nicht zu uns, dann kommen wir zu ihr«, hieß der Slogan in der Umbruchzeit 1989/1990. Gleichzeitig erwarteten die Menschen in der DDR die D-Mark allerdings mit gemischten Gefühlen. Hoffen und Bangen zugleich äußerten sich beispielsweise bei der ersten Telefonaktion, die der Verfasser für den Bundesverband deutscher Banken im April 1990 mit der Berliner Zeitung in Ostberlin durchführte. Zwei Stunden lang stellten sich fünf Experten des Bundesverbandes allen Fragen der Leser rund ums Geld. Dabei hörten sie viele Ängste, Sorgen und Befürchtungen hinsichtlich der bevorstehenden Währungsumstellung und der damit verbundenen Folgen.<sup>47</sup>

Die zwiespältigen Gefühle beim bevorstehenden Abschied von der D-Mark sind verständlich. Der zuweilen angestellte Vergleich zur Währungsreform von 1948 dagegen ist völlig abwegig, denn bei der Einführung des Euro werden keine Geldbestände abgewertet. Angemessen wäre eher ein Rückblick auf die deutsche Geldumstellung in den Jahren 1871 bis 1876. Damals schafften die Deutschen ihre verschiedenen Landeswährungen ab und führten als einheitliche Währung die Mark ein.<sup>48</sup> Vor dieser Zeit mußte

---

<sup>47</sup> Vgl. o.V., »Große Telefonaktion der ›Berliner Zeitung‹ mit Experten des Bundesverbandes Deutscher Banken (BRD). Wie Geld getauscht wird, Kredite und Konten behandelt werden« in: *Berliner Zeitung*, Nr. 101, 2. Mai 1990, S. 3.

<sup>48</sup> Vgl. Bernd SPRENGER, *Die Währungsunion des Deutschen Reichs 1871/76. Vorbild für die Europäische Währungsunion?*, in: Günther SCHULZ (Hrsg.), *Von der Landwirtschaft zur Industrie. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Friedrich-Wilhelm Henning zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1996, S. 133-148; im Gegensatz zum damaligen Resümee des Verf. ist die wirtschaftliche Konvergenz in der Europäischen Union heute erstaunlich weit fortgeschritten. – Ausführlich zur deutschen Währungsumstellung in den 1870er Jahren aus zeitgenössischer Sicht Karl HELFFERICH, *Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches*, 2 Bde., Leipzig 1898. Vgl. auch Theresia THEURL, *Eine gemeinsame Währung für Europa. 12 Lehren aus der Geschichte* (Geschichte & Ökonomie, Bd. 1), Innsbruck 1992, S. 108 ff. – Zur Vielfalt der Währungen und Münzsysteme in Deutschland vor 1871/76 vgl. Bernd SPRENGER, *Harmonisierungsbestrebungen im Geldwesen der deutschen Staaten zwischen Wiener Kongreß und Reichsgründung*, in: Eckart SCHREMMER (Hrsg.), *Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (VSWG Beihefte Nr. 106), S. 121-142, insbes. die Übersichten S. 126 u. 134.

man bei einer Reise von Hamburg nach München mehrfach die Währung wechseln. Wem ist das heute noch bewußt?

Vielleicht werden nachfolgende Generationen irgendwann sich nicht mehr vorstellen können, daß in der Europäischen Union jedes Land eine eigene Währung besaß?